

Antrag Nr. 22-F-63-0087

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Betreff:

Kostenlose FFP2-Masken verteilen - Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umsetzen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 22.09.2022 -

Antragstext:

Am 31. März 2022 hat die Stadtverordnetenversammlung mit einer breiten Mehrheit beschlossen, dass kostenlose FFP-2 Masken an Leistungsbezieher*innen und andere von Armut bedrohte Gruppen niedrigschwellig verteilt werden sollen. In vielen Städten wie z. B. Kassel, Bonn oder Waren (Müritz) werden ähnliche Beschlüsse bereits umgesetzt.

Ziel des Beschlusses war es, Menschen, die bereits ohne die Mehrausgaben für Schutzmasken am oder unter dem Existenzminimum leben, dabei zu unterstützen, ohne zusätzliche Kosten für Masken, welche im ÖPNV nach wie vor verpflichtend sind, einen gewissen Grad der Mobilität zu gewährleisten und zu bewahren. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ein großer Teil der Leistungsbezieher*innen erwerbstätig ist und allein aus diesem Grund, auf die Nutzung des ÖPNV angewiesen ist, ist der Beschluss nicht nur unter sozialen und gesundheitlichen, sondern vor allem auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll.

Mit Schreiben vom 28. Juni 2022 teilte Bürgermeister Dr. Franz der Stadtverordnetenversammlung mit, dass der Magistrat den Beschluss dennoch nicht umsetzen werde, da es angeblich weder organisatorisch möglich, noch insgesamt nötig sei.

Diese Stellungnahme ist unzureichend!

Es wird nicht ersichtlich, warum die Stadt Wiesbaden mit der Organisation dieser Aufgabe vor einem unüberwindbaren Problem stehen soll, welches viele kleinere und weniger finanzkräftige Städte – unter Einbeziehung der freiwilligen Hilfe sozialer und kirchlicher Einrichtungen – offensichtlich lösen konnten, ohne einen enormen Mehraufwand. Zudem wird auch nicht klar, inwiefern das oben beschriebene Ziel des Beschlusses, nämlich die Teilhabe am ÖPNV, dadurch erreicht wird, dass Personen mit Impftermin eine kostenlose Maske am Impfzentrum erhalten können bzw. vor Eintritt in die Einrichtungen des Amtes 50. Die Beurteilung ob ein Beschluss nötig ist, obliegt außerdem der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den Beschluss Beschluss Nr. 0133 der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März 2022, (Antrags-Nr. 22-F-55-0002), umgehend und ohne weitere unnötige Verzögerungen umzusetzen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an den Magistrat, die Masken z.B. über die Stadtbibliothek, Ortsverwaltungen, die Sozialverwaltung in der Konradinallee und das Bürgerbüro auszugeben.

Wiesbaden, 23.09.2022

Antrag Nr. 22-F-63-0087
Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Christiane Hinninger

Fraktionsvorsitzende
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Hendrik Schmehl

Fraktionsvorsitzender
(SPD Fraktion)

Ingo von Seemen

Fraktionsvorsitzender
(Fraktion DIE LINKE.)

Janine Vinha

Fraktionsvorsitzende
(Volt Fraktion)

Linda Marschall

Fraktionsreferentin
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Juliane Maltner

Fraktionsreferentin
(SPD-Fraktion)

Jasper Klos

Fraktionsreferent
(Fraktion DIE LINKE.)

Sascha Kolhey

Fraktionsgeschäftsführer
(Volt Fraktion)